



González am Mittwoch in Sunrise, Florida

Analyse

Aufschrei der Jugendlichen

Die Anti-Waffen-Lobby in den USA hat neue Helden: Schüler

Jetzt müssen also Kinder die Probleme der Erwachsenen lösen. So sieht es aus, gut eine Woche nach dem Blutbad an der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland im US-Bundesstaat Florida, mit 17 Toten: Schüler gehen in Scharen auf die Straße und fordern schärfere Waffengesetze, gegen die sich Washington seit Jahren so trotzig sperrt. Im März wollen sie in der US-Hauptstadt protestieren.

Es sind wütende Jugendliche wie die Schülerin Emma González, die die Waffendebatte vorantreiben, und das ist die erste positive Folge dieser Wahnsinnstat: Das Land redet endlich weniger vom Täter als von den Opfern und Überlebenden eines Dramas. Die Schüler von Parkland sind glaubwürdig, authentisch und medientauglich, das hilft ihnen, ihre Botschaft ins Land zu tragen. Das führt auch dazu, dass der Protest diesmal leidenschaftlicher ist als nach anderen Attentaten.

Der Schüler Ryan Deitsch, 18 Jahre alt, fragte am Mittwoch bei einer CNN-Debatte in Florida den republikanischen Sena-

tor Marco Rubio: „Warum müssen wir nach Washington ziehen, um unschuldige Leben zu retten?“ Wir sind die Kinder, ihr seid die Erwachsenen, sagte David Hogg, 17, einige Tage zuvor, auch er ein Schüler der High School.

Donald Trump hätte jetzt die Chance, das Waffenrecht zu verschärfen. Er kennt die Macht der Bilder, wenn Kinder im Fernsehen um ihre Schulfreunde trauern.

Am vergangenen Mittwoch lud der Präsident Überlebende aus Parkland und Angehörige der Opfer ins Weiße Haus. Danach wollte er das Mindestalter für die Käufer halb automatischer Gewehre auf 21 anheben. Außerdem will er Waffenkäufer genauer überprüfen und Schnellfeuerkolben verbieten, sogenannte „bump stocks“.

Die Wut der Schüler konnte er damit bislang nicht besänftigen. Im Moment sieht es aus, als ließen sich die Kinder von Parkland nicht mit Minimalversprechen zufriedenstellen.

Christoph Scheuermann



Kolumne

12 Wochen in Riad

Seit Wochen habe ich der Hochzeit von Nazish und Tamim entgegengefeibert. Das Fest findet im Hotel statt, Männer und Frauen feiern getrennt. Es überrascht mich, dass das Brautpaar nicht dabei ist. Wir Frauen tanzen unter uns, mit den drei Schwestern der Braut, mit Cousinen und Tanten, 250 wunderschöne Damen. Sie tragen glamouröse Roben, tiefe Ausschnitte, Push-ups, enge Mieder. Die letzten 36 Stunden haben die meisten zweifellos im Beautysalon verbracht. In Saudi-Arabien werden Ehen arrangiert, Mütter und Schwestern suchen die Bräute ihrer Söhne und Brüder aus, gern auf Hochzeiten. Die Frauen fotografieren ständig, aber nur sich selbst. Andere zu fotografieren ist streng verpönt. Wer Bilder unverschleierte Frauen zeige, gefährde deren Ruf, sagt meine Freundin Layla, dabei fährt sie sich mit der Handkante über den Hals, so ernst ist das. Um Mitternacht erscheint die Braut dann doch noch. Nazish schreitet durch eine Art Blumentor, sie sieht glücklich aus. Hoffentlich bleibt es so, denke ich. Etwa 40 Prozent der saudi-arabischen Ehen werden geschieden, mit steigender Tendenz, weil immer mehr Frauen ihr eigenes Geld verdienen. Jüngster Trend seien Scheidungspartys, schrieb eine hiesige Zeitung. Das Bild dazu zeigt eine Torte, verziert mit Zuckerguss und kleinen Figuren: auf der einen Seite ein streitendes Paar, auf der anderen eine Frau, die ihren Mann über den Tortenrand stürzt. Daneben steht, in Schokoschrift: „Problem gelöst“.

Susanne Koelbl berichtet an dieser Stelle bis März aus Saudi-Arabien.

Philippinen „Ein bedeutsamer Schritt“

Jude Sabio, 51, Rechtsanwalt aus Mindanao, setzt sich dafür ein, dass der Internationale Strafgerichtshof gegen den Drogenkrieg von Präsident Rodrigo Duterte vorgeht. Mehr als 20 000 Menschen starben nach Schätzungen bisher bei Angriffen auf mutmaßliche Dealer und Abhängige.

SPIEGEL: Die Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof, Fatou Bensouda, hat Vorermittlungen wegen mutmaßlicher Verbrechen auf den Philippinen eingeleitet. Das geht maßgeblich auf Sie zurück.

Sabio: Ich habe im vergangenen Jahr einen 77-seitigen Report über die Lage auf den Philippinen in Den Haag abgegeben. Frau Bensouda hat klargemacht, dass sie die Vorgänge genauer untersuchen will. Für die Philippinen ist das ein bedeutsamer Schritt. Und es ist das erste Mal in der Geschichte, dass ein amtierender Präsident in Asien mit so etwas konfrontiert ist.

SPIEGEL: Was plant der Strafgerichtshof konkret?

Sabio: Bei den Voruntersuchungen prüfen die Ermittler die vorgelegten Unterlagen, auch Präsident Duterte kann dort Berichte einreichen.

Eine Untersuchung im Land erfolgt erst, wenn Bensouda ein förmliches Verfahren einleitet. Dann wird es auch Interviews mit Zeugen geben.

SPIEGEL: Wie wahrscheinlich ist das?

Sabio: Ich habe Hoffnung, dass meine Berichte und die meiner Mitstreiter, ebenso wie jene von Amnesty International und Human Rights Watch die Grundlage für ein solches Verfahren liefern und dass am Ende ein Haftbefehl gegen Duterte beantragt wird.

SPIEGEL: Was werfen Sie ihm vor?

Sabio: Seit Juli 2016 gibt es willkürliche Hinrichtungen. Sie folgen dem Muster der Todesschwadronen in Dutertes Heimatstadt Davao. Der „Davao Death Squad“ operierte dort während der 20 Jahre, in denen Duterte Bürgermeister war. Ich stütze meinen Bericht auf die Aussagen zweier ehemaliger Mitglieder, die belegen, dass Duterte das Mastermind des „Davao Death Squad“ war.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich in Ihrem Land noch sicher?

Sabio: Ich rechne immer damit, dass mein Leben in Gefahr ist. Der Präsident hat seine Leute überall, und es gibt Killer. Aber ich vertraue auf Gott, und ich glaube an Gerechtigkeit. kku



DPI/LAF

Fußnote

150 000

Kinder und Jugendliche in den USA haben schon einmal eine Schießerei auf dem Gelände ihrer Schule erlebt. Eine entsprechende Untersuchung der „Washington Post“ geht zurück bis zu dem Massaker an der Columbine High School 1999, mit dem Amokläufe zum großen Thema wurden. Damals starben zwölf Schüler und ein Lehrer, 24 Menschen wurden verwundet. Die bisher meisten Opfer gab es 2012 an der Sandy-Hook-Grundschule in Connecticut: 26 Tote.



DANIEL BERGHALAK / THE NEW YORK TIMES / LAF

Trauer in Manila um einen im Drogenkrieg ermordeten Familienvater